

Verzeichnis Arbeitsmaterialien Staatsschulden

1. Inhaltsstruktur-Staatsverschuldung (Vor- und Nachteile)
2. Arbeitsblatt-Staatsschulden
3. Informationsblatt-Grenzen der Staatsverschuldung
4. Arbeitsblatt-Schuldenuhr
5. Pro-Contra-Diskussion-Schuldenbremse
6. Inhaltsstruktur-Staatsbankrott
7. Simulation-Talkshow Schuldenpolitik

Staatsverschuldung

Vorteile

ermöglicht Staatsinvestitionen

- Schulden ermöglichen staatliche Investitionen z. B. in die Verkehrsstruktur, Verteidigung, Bildung, Umweltschutz usw.
- es handelt sich um langfristige Projekte, an denen künftige Generationen bei der Rückzahlung beteiligt werden können

glättet die Steuersätze

- Staat kann konstante Steuersätze verlangen
- ohne Staatsverschuldung müssten die Steuersätze dauernd geändert werden

stabilisiert die Konjunktur

- Staat kann antizyklische Haushaltspolitik betreiben
- in der Depression Kredite aufnehmen (deficit spending)
- in der Hochkonjunktur Schulden tilgen (surplus saving)

Nachteile

verdrängt private Investoren

- mehr Staatsschulden führen zu höheren Zinsen
- dadurch können Privatpersonen weniger Kredite aufnehmen
- staatliche Investitionen verdrängen private Investitionen

schränkt Handlungsspielräume ein

- je höher die Schulden, desto höher die Ausgaben für Zinsen
- dadurch verringern sich die Ausgaben für Verkehr, Bildung, Verteidigung usw.

verlockt zur übermäßigen Geldschöpfung

- Zinsen und Investitionen werden mit Krediten bezahlt
- die Geldmenge nimmt stark zu
- Gefahr einer Hyperinflation

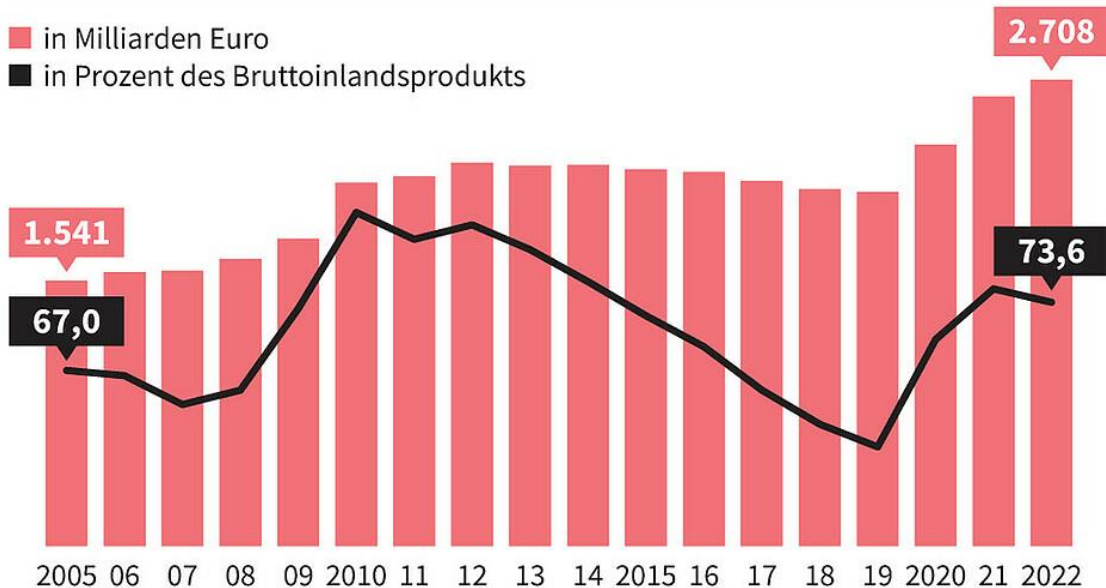
2-Arbeitsblatt-Staatsschulden

Deutschlands Schulden: Trotz Corona relativ moderat

Schuldenstand von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen

■ in Milliarden Euro

■ in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



2021 und 2022: Prognose; Schuldenstand: nach Maastricht-Abgrenzung

Quellen: Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

1. Definieren Sie den Begriff Staatsschulden

2. Analysieren Sie den Verlauf der Staatsschulden in Mrd. Euro und in Prozent des BIP.

3. Begründen Sie die Schuldenzunahme von 2008 auf 2012.

4. Erläutern Sie die Entwicklung von 2012 bis 2019.

5. Nennen Sie die Ursachen für den Anstieg nach dem Jahr 2019.

Lösung-Arbeitsblatt-Staatsschulden

1. Definieren Sie den Begriff Staatsschulden.

Unter der Staatsverschuldung versteht man die zusammengefassten Schulden des deutschen Staates, also von Bund, Ländern, Gemeinden und der Sozialversicherung. Nach den Maastrichter-Konvergenzkriterien soll die Gesamtverschuldung 60% des BIP und die jährliche Neuverschuldung 3 % des BIP nicht überschreiten.

2. Analysieren Sie den Verlauf der Staatsschulden in Mrd. Euro und in Prozent des BIP.

Die Schulden Deutschlands haben von 2005 mit 1.541 Mrd. Euro auf 2.708 Mrd. Euro zugenommen. Von 2005 bis 2008 lag ein geringer Anstieg vor und ab 2008 kam es bis 2012 zu einem stärkeren Anstieg. Ab dem Jahr 2012 bis 2019 wurden Schulden getilgt.

Nach 2005 sank die Schuldenquote leicht unter 67 % und stieg ab 2008 bis 2010 stark an. Von 2010 bis 2019 fiel sie auf ca. 60 %, also auf die Höhe, wie sie der Maastricht-Vertrag vorgibt. Von 2019 bis 2021 stieg sie auf 73,6 % an.

3. Begründen Sie die Schuldenzunahme von 2008 auf 2012.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 brachte für die Bundesrepublik Deutschland einen Anstieg der Gesamtschulden von ca. 1.500 Mrd. Euro auf 2.000 Mrd. Euro im Jahr 2012. Die Gründe dafür waren Stabilisierungsmaßnahmen wie z. B. die Rettung von Banken und Konjunkturpakete. Maßnahmen im Rahmen der Konjunkturpakete waren z. B. Abwrackprämie, Staatsinvestitionen, Steuersenkungen und die Sanierung öffentlicher Gebäude.

4. Erläutern Sie die Entwicklung von 2012 bis 2019.

Ab 2012 kam es zu einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die ihre Ursachen vor allem in der Niedrigzinspolitik der EZB, aber auch in einem permanent positiven Wirtschaftswachstum hatte. Zudem verfolgte die Bundesregierung eine Politik des Schuldenabbaus.

5. Nennen Sie die Ursachen für den Anstieg nach dem Jahr 2019.

Die Maßnahmen der Bewältigung der Corona-Pandemie und des Ukrainekrieges zwangen die Bundesregierung zu einer drastischen Schuldenaufnahme. Während der Coronakrise erhielten die Arbeitnehmer Kurzarbeitergeld, die Klein- und Mittelbetriebe Zuschüsse und Großbetriebe wurden teilverstaatlicht. Der Ukraine-Krieg steigerte die Schuldenlast, um mehrere Entlastungspakete zu finanzieren. Maßnahmen der Entlastungspakete waren z. B. Energiepreispauschale, Neun-Euro-Ticket, zusätzliche Sozialleistungen, Senkung der Energiesteuer, Erhöhung der Verteidigungsausgaben.

Rechtliche Grenzen der Staatsverschuldung der Bundesrepublik Deutschland

Art 109 GG (Grundgesetz)

1) Bund und Länder sind in ihrer Haushaltswirtschaft selbständig und voneinander unabhängig.

(2)

(3) Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Bund und Länder können Regelungen zur im Auf- und Abschwung symmetrischen Berücksichtigung der Auswirkungen einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung sowie eine Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, vorsehen. Für die Ausnahmeregelung ist eine entsprechende Tilgungsregelung vorzusehen. Die nähere Ausgestaltung regelt für den Haushalt des Bundes Artikel 115 mit der Maßgabe, dass Satz 1 entsprochen ist, wenn die Einnahmen aus Krediten 0,35 vom Hundert im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt nicht überschreiten. (**Schuldenbremse a.d.V.**)

Art 115 GG (Grundgesetz)

(2) Einnahmen und Ausgaben sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Diesem Grundsatz ist entsprochen, wenn die Einnahmen aus Krediten 0,35 vom Hundert im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt nicht überschreiten. Zusätzlich sind bei einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung die Auswirkungen auf den Haushalt im Auf- und Abschwung symmetrisch zu berücksichtigen. Abweichungen der tatsächlichen Kreditaufnahme, von der nach den Sätzen 1 bis 3 zulässigen Kreditobergrenze werden auf einem Kontrollkonto erfasst; Belastungen, die den Schwellenwert von 1,5 vom Hundert im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt überschreiten, sind konjunkturgerecht zurückzuführen. (...)

Rechtliche Grenzen der Staatsverschuldung der Europäischen Union

Art. 126 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union)

(1) Die Mitgliedstaaten vermeiden übermäßige öffentliche Defizite.

(2) Die Kommission überwacht die Entwicklung der Haushaltslage und der Höhe des öffentlichen Schuldenstands in den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Feststellung schwerwiegender Fehler. Insbesondere prüft sie die Einhaltung der Haushaltsdisziplin anhand von zwei Kriterien, nämlich daran,

a) ob das Verhältnis des geplanten oder tatsächlichen öffentlichen Defizits zum Bruttoinlandsprodukt einen bestimmten Referenzwert überschreitet, es sei denn, dass

- entweder das Verhältnis erheblich und laufend zurückgegangen ist und einen Wert in der Nähe des Referenzwerts erreicht hat

- oder der Referenzwert nur ausnahmsweise und vorübergehend überschritten wird und das Verhältnis in der Nähe des Referenzwerts bleibt.

b) ob das Verhältnis des öffentlichen Schuldenstands zum Bruttoinlandsprodukt einen bestimmten Referenzwert überschreitet, es sei denn, dass das Verhältnis hinreichend rückläufig ist und sich rasch genug dem Referenzwert nähert.

Die Referenzwerte werden in einem den Verträgen beigefügten Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit im Einzelnen festgelegt.

PROTOKOLL (Nr. 12) (Maastricht-Kriterien a. d. V.)

Artikel 1

Die in Artikel 126 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union genannten Referenzwerte sind:

- 3 % für das Verhältnis zwischen dem geplanten oder tatsächlichen öffentlichen Defizit und dem Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen,

- 60 % für das Verhältnis zwischen dem öffentlichen Schuldenstand und dem Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.

Quelle: 2008E/PRO/12 Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - PROTOKOLLE - Protokoll (Nr. 12) über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit *Amtsblatt Nr. 115 vom 09/05/2008 S. 0279 – 0280*

Und <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A12008E%2FPRO%2F12>
abgerufen am 26.07.2022

Ökonomische Grenzen der Staatsverschuldung

Eine hohe Staatsverschuldung kann gesamtwirtschaftlich zu folgenden negativen Effekten führen:

- Eine langfristig zunehmende Staatsverschuldung bedeutet, dass ein ständig wachsender Teil der Staatseinnahmen für den Schuldendienst, also die Zahlungen für Zinsen und Tilgung, blockiert wird. Dies engt nicht nur den finanzpolitischen Spielraum der öffentlichen Hand ein, sondern kann dazu führen, dass der Schuldendienst nicht mehr über die laufenden Einnahmen finanziert werden kann. Um alte Schulden zu tilgen, müssen neue Kredite aufgenommen werden.
- Eine steigende Staatsverschuldung kann auch dazu führen, dass die öffentliche Hand durch ihre Kreditnachfrage die private Kreditnachfrage und damit einen Teil der privaten Investitionen verdrängt. Dieser Verdrängungseffekt wird als Crowding-out bezeichnet.
- Einer der schwerwiegendsten negativen Effekte der Staatsverschuldung ist die Belastung zukünftiger Steuerzahler. Die künftigen Erwerbstätigen müssen sich auf höhere Steuern und wegen der hohen Zins- und Tilgungslasten auch auf niedrigere Staatsausgaben einstellen.

4-Arbeitsblatt-Schuldenuhr

Gehen Sie auf die Internetseite www.gold.de/staatsverschuldung-deutschland/ und beantworten Sie folgende Fragen.

1. Nennen Sie den derzeitigen Schuldenstand der Bundesrepublik Deutschland.

.....

2. Beschreiben Sie die Entwicklung der Staatsschulden in Westdeutschland bis 1990 und in Gesamtdeutschland bis 2021.

3. Erläutern Sie die Verschuldung nach den Körperschaftsgruppen Bund, Länder und Gemeinden.

4. Geben Sie die Gründe für die Schuldensprünge in den Jahren 2009/2010 und 2020 an.

5. Beschreiben und begründen Sie die Schuldenstände der Bundesländer mit hohen und mit niedrigen Schulden.

Lösung-Arbeitsblatt-Schuldenuhr

Gehen Sie auf die Internetseite www.gold.de/staatsverschuldung-deutschland/ und beantworten Sie folgende Fragen.

1. Nennen Sie den derzeitige Schuldenstand in der Bundesrepublik Deutschland.

2.534 Mrd. € am 30.01.2023

2. Beschreiben Sie die Entwicklung der Staatsschulden in Westdeutschland bis 1990 und in Gesamtdeutschland bis 2021.

- Von 1950 bis 1990 allmählich und zunehmend steigende Schulden in Westdeutschland auf ca. 540 Mrd. €.
- Nach 1990 wiedervereinigungsbedingt ein stärkerer Anstieg der Schulden in Gesamtdeutschland.
- In der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2010 stiegen die Schulden auf eine Höhe von 2.011 Mrd. €.
- Von 2012 bis 2019 sanken die Schulden.
- Die Corona-Krise von 2020 brachte einen Anstieg auf ca. 2172 Mrd. €.
- Der Ukraine-Krieg von 2022 führte zu einem weiteren starken Anstieg.

3. Erläutern Sie die Verschuldung nach den Körperschaftsgruppen Bund, Länder und Gemeinden

- der Anteil des Bundes an den Staatsschulden beträgt ca. 67 %
- die Länder haben einen Anteil von 27 %
- der Anteil der Gemeinden beträgt ca. 6 %

4. Geben Sie die Gründe für die Schuldensprünge in den Jahren 2009/2010 und 2020 an.

Schuldensprung 2010: Wirtschaftskrise 2008/2009

- Ursache: Immobilienkrise in den USA durch Subprime-Kredite → Immobilienblase mit Zwangsversteigerungen → internationale Bankenkrise durch den weltweiten Verkauf undurchsichtiger Wertpapierpakete → Kreditausfälle und Bankeninsolvenzen → Weltwirtschaftskrise
- Maßnahmen: Schuldenaufnahme für Konjunkturpakete und zur Bankenrettung

Schuldensprung 2020: Corona-Krise 2020

- Ursache: SARS-CoV2-Virus löst Lungenkrankheit aus, die sich weltweit verbreitete → Börsencrash und starker Wirtschaftseinbruch
- Maßnahmen: Schuldenaufnahme für Gesundheitsleistungen, Kurzarbeitergeld, Bürgschaften, Teilverstaatlichungen usw.

5. Beschreiben und begründen Sie die Schuldenstände der Bundesländer mit hohen und mit niedrigen Schulden.

- Niedrige Schulden haben die Südstaaten wie Sachsen, Bayern und Baden-Württemberg; es handelt sich um wirtschaftsstarke Länder, die einen ausgeglichen Haushalt anstreben
- Hoch verschuldet sind die Stadtstaaten wie Bremen, Berlin und Hamburg, aber auch das Saarland. Hier handelt es sich um Länder, die Strukturprobleme haben und eine Verschuldenspolitik betreiben.
- **5-Pro-Contra-Diskussion-Schuldenbremse**

5-Pro-Contra-Diskussion-Schuldenbremse

Wesen der Schuldenbremse

Artikel 109 GG schreibt für Bund und Länder vor, dass die Haushalte grundsätzlich ohne Kreditaufnahme auszugleichen sind. Für den Bund wurde in Artikel 115 GG die Schuldenbremse eingeführt, die die staatliche Neuverschuldung auf maximal 0,35 % Prozent des nominalen BIP einschränkt.

Zudem sind konjunkturelle und strukturelle Ausnahmen geregelt. Bei einem konjunkturellen Ungleichgewicht ist ein negativer Finanzierungssaldo im Abschwung und ein positiver im Aufschwung zulässig. Strukturelle Ausnahmeregelungen gelten für Naturkatastrophen und andere außergewöhnliche Notsituationen. Dazu gehören Klimakatastrophen, Pandemien und Kriege.

Bei einer Verschuldung muss ein Tilgungsplan beschlossen werden, der eine Rückführung der ausnahmsweisen bewilligten Kreditaufnahme in angemessener Zeit vorsieht. Die Einhaltung und Überwachung der Schuldenbremse erfolgt durch den Stabilitätsrat, der vom Bundesfinanzministerium eingerichtet wird.

Pro-Schuldenbremse

Die Schuldenbremse

- verwirklicht den **ökonomischen Grundsatz**, wonach sowohl die privaten Haushalte wie auch die Staatsregierung nur so viel ausgeben dürfen, wie sie einnehmen.
- ermöglicht die **langfristige Tragfähigkeit** der Haushalte von Bund und Ländern und damit eine positive wirtschaftliche Entwicklung. Langfristig muss der Staat seinen Haushalt in Einnahmen und Ausgaben immer ausgleichen, um negative Auswirkungen wie Inflation oder einen Staatsbankrott zu verhindern.
- stärkt die **Generationengerechtigkeit**, da die Jungen die Schulden der Alten nicht begleichen müssen. Die junge Generation ist nicht gezwungen, die angehäuften Staatsschulden über Steuererhöhungen oder steigende Inflationsraten ausgleichen zu müssen.
- fördert **staatliche Investitionen**, da ein geringer Schuldendienst (Tilgung und Zinsen) finanzielle Freiräume für staatliche Aufgaben bietet.
- gewährleistet die **Handlungsfähigkeit** bei der Bewältigung von wirtschaftlichen Krisen. Bei Naturkatastrophen (Überschwemmungen, Dürreperioden) oder außergewöhnlichen Notsituationen (Pandemie, Kriege) kann die Schuldenbremse ausgesetzt werden. Dadurch wird die Handlungsfähigkeit des Staates gewährleistet, um soziale Ungleichgewichte und ökonomische Krisen zu unterbinden.
- verhindert die **Aufblähung der Geldmenge** gegenüber der Gütermenge und damit eine Inflation. Inflation bedeutet immer eine schleichende Enteignung und führt zu Vermögensungleichgewichten in einer Gesellschaft.
- verhindert die permanente Aufnahme von Schulden, an deren Ende die Tilgung von **Schulden durch Schulden** steht.
- wird vom staatlichen Kontrollgremium des **Stabilitätsrates überwacht**, der dem Bundesfinanzministerium untersteht.

Contra-Schuldenbremse

Die Schuldenbremse

- erfordert harte Sparmaßnahmen bei Subventionen sowie Steuererhöhungen und **verzögert** damit eine **Konjunkturerholung**
- **reduziert staatliche Investitionen** z. B. in die Verkehrsstruktur, Wissenschaft und Bildung und gefährdet dadurch die Zukunft kommender Generationen
- **engt die Handlungsspielräume** für eine antizyklische Wirtschaftspolitik **ein** und bremst die ökonomische Entwicklung in Richtung Wohlstandsgesellschaft
- wird vom Stabilitätsrat kontrolliert, der ein Gremium des Bundesfinanzministeriums ist. Damit wird die Verschuldung des Bundes durch eine Bundeseinrichtung überprüft, d. h. **man kontrolliert sich selbst**
- kann unterlaufen werden
 - o da dem Staat ermöglicht wird, auf anderen Wegen Schulden zu machen. Durch die Errichtung bundeseigener Unternehmen können sich diese Kredite verschaffen oder sich über die Ausgabe von Aktien finanzieren.
 - o da wirtschaftlich **selbständige Nebenhaushalte** („Schattenhaushalte“ und Sondervermögen) ermöglicht werden. Diese Kreditaufnahme erscheint nicht im Bundeshaushalt. Ein Beispiel ist das Sondervermögen Bundeswehr mit 100 Mrd. Euro im Jahr 2022. Weitere Sondervermögen sind das Bundesbahnvermögen oder der Deutsche Binnenschiffahrtfonds.

6-Inhaltsstruktur-Staatsbankrott

Wesen	
Unter Staatsbankrott versteht man die Einstellung fälliger Zahlungen oder die Erklärung einer Regierung, fällige Forderungen nicht mehr oder nur teilweise erfüllen zu können.	
Ursachen	
ökonomisch bedingte	politisch bedingte
- die Bedienung bestehender Verbindlichkeiten ist unmöglich (Überschuldung)	- die Regierung weigert sich bestehende Verbindlichkeiten anzuerkennen
- Auslöser sind: Aufrüstung, Sozialleistungen Wirtschaftskrisen, Pandemien, Kriege	- Auslöser ist ein Regierungswechsel; die neue Regierung übernimmt die Schulden der alten Regierung nicht
Indikatoren	
Ökonomische Indikatoren	Marktindikatoren
- EU-Stabilitäts-Regelungen 60 % (Staatsverschuldung/BIP) 3 % (Nettoneuverschuldung/BIP)	- Kursentwicklung der Staatsanleihen
- Schuldentragfähigkeit Schuldenquote bei 200 bis 250 %	- Ratings mit Bonitätsbewertung
Maßnahmen der Verhinderung	
- Erhöhung der Staatseinnahmen <ul style="list-style-type: none">• Erhöhung der bestehenden Steuern• Einführung neuer Steuern• Verkauf von Staatsvermögen	
- Senkung der Staatsausgaben <ul style="list-style-type: none">• Reduzierung der staatlichen Investitionen• Streichung von Subventionen• Privatisierung staatlicher Aufgaben• Senkung der Ausgaben für den staatlichen Bereich	
Auswirkungen	
- für die Gläubiger <ul style="list-style-type: none">• Staatsanleihen und Zinsen werden nicht mehr zurückgezahlt• das Vermögen der Banken, Versicherungen, Fonds, Privatanleger, ausländischen Anleger wird geschmälert• es kommt zu einem Run auf die Banken → Kapitalflucht und Hyperinflation	
- für den Staat <ul style="list-style-type: none">• die Ausgaben für Investitionen, Gehälter Pensionen und Sozialleistungen sind nicht mehr möglich• der Staat entledigt sich aller Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern	
- für die Wirtschaft <ul style="list-style-type: none">• der Bankenkrise folgt eine Wirtschaftskrise mit hoher Arbeitslosigkeit und Armut• starke Depression	

7-Simulation-Talkshow Schuldenpolitik

Die Verschuldungspolitik der Regierung beeinflusst die wirtschaftliche Situation eines jeden Bürgers. In einer Talkshow sollen die wichtigsten Probleme einer zunehmenden Verschuldung aufgezeigt werden. Das Thema der Runde lautet: **Droht der Staatsbankrott?** Teilnehmer der Runde sind ein/eine Moderator/in und Vertreter/innen einer linksliberalen regierungsfreundlichen, einer rechtskonservativen oppositionellen Zeitung sowie ein/e Mitglied/Mitgliedin der Regierungspartei und der Oppositionspartei und ein/e Professor/in der Volkswirtschaftslehre.

Die Teilnehmer/innen erhalten hier nur allgemeine Informationen, die sie mit aktuellen Inhalten auffüllen müssen.

- **Moderator/in**

Als Moderator geben Sie zunächst eine kleine thematische Einführung und stellen anschließend die Teilnehmer vor. In der Einführung weisen Sie auf die grundsätzlichen Zusammenhänge einer steigenden Staatsverschuldung, Aufblähung der Geldmenge, höhere Inflationsraten, zunehmender Vermögensumverteilung und die Gefahr eines Staatsbankrotts hin. Anschließend stellen Sie die Teilnehmer mit ihrem Namen und ihren Funktionen (Journalisten, Politiker, Wissenschaftler) vor.

Sie steuern die einzelnen Redebeiträge, greifen wichtige Kernsätze auf, fassen Inhalte zusammen und sorgen für eine angenehme produktive Gesprächsatmosphäre.

- **Vertreter/in einer rechtskonservativen Zeitung**

Als Vertreter einer konservativen Zeitung

- fordern Sie einen ausgeglichenen Staatshaushalt und die Einhaltung der Schuldenbremse
- erläutern Sie historische Ereignisse wie z. B. die Weltwirtschaftskrise von 1929
- weisen Sie auf die Benachteiligung von Arbeitnehmern mit geringem Einkommen, Rentnern/innen, Sozialhilfeempfängern/innen usw. hin
- befürchten Sie eine Hyperinflation und einen möglichen Staatsbankrott

- **Vertreter/in einer linksliberalen Zeitung**

Als Vertreter einer linksliberalen Zeitung

- fordern Sie den Umbau Deutschlands in einen modernen, sozial gerechten, klimaneutralen und durch Wohlstand gesicherten Staat
- weisen Sie darauf hin, dass Schulden unbedingt nötig sind, um die erforderlichen sozialen, klimatischen und militärischen Aufgaben zu erfüllen
- erläutern Sie, dass es Aufgabe der EZB ist, die Preise stabil zu halten
- beschreiben Sie die Verschuldungssituation weiterer Länder der EU

- **Vertreter/in einer Regierungspartei**

Orientieren Sie sich am Parteiprogramm der SPD und weisen Sie darauf hin, dass wichtige Aufgaben sind:

- eine lebenswerte Zukunft mit Klimaschutz, guten Arbeitsplätzen und der besten medizinischen Versorgung
- die Regelung bzw. Finanzierung von Bürgergeld, Bürgerversicherung, Sicherheit im Alter, bezahlbaren Wohnraum und Gesundheit für alle, höheren Renten usw.
- höhere Steuern für Reiche, um Schulden abzubauen

- **Vertreter/in einer Oppositionspartei**

Orientieren Sie sich bei ihren Argumenten an den Programmen von CDU/CSU. Argumentieren Sie wie folgt:

- nur mit einer soliden Finanzpolitik sichert man die Zukunft
- eine solide Finanzpolitik bietet ökonomische Spielräume, d. h. sie ermöglicht Investitionen, erhöht das Wirtschaftswachstum und schafft Generationengerechtigkeit
- wichtige Zielsetzungen sind: die Einhaltung der Schuldenkrise, ein ausgeglichener Haushalt, eine Schuldenquote unter 60 %

- **Universitätsprofessor/in der Volkswirtschaftslehre**

Bringen Sie folgende Argumente in die Diskussion ein:

- den prinzipiellen Zusammenhang von Geldmenge, Gütermenge und Inflation.
- die Gefahr einer Hyperinflation mit immensen Umverteilungsprozessen und Ungerechtigkeiten
- die Ziele und möglichen Maßnahmen der EZB
- die Tatsache, dass die Geldmenge bereits so groß ist, dass sie die EZB nicht mehr „einfangen“ kann
- die Situation vieler hochverschuldeter Länder der EU und ihre ökonomischen Probleme